



01/2021

grüne welle

FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



LANDESV ERBAND SH

Seite 2 - 11 und 20

LANDTAGSFRAKTION

Seite 1, 12 - 17

BUNDESTAGSFRAKTION

Seite 12 - 15

Moin, liebe schleswig-holsteiner Grüne!

1



Wer meint, dass 2021 beginnt, wie 2020 endete, hat damit nur insofern recht, als dass die Pandemie weiterhin unseren Alltag bestimmt und uns politisch und privat viel abverlangt. In diesem Jahr werden wir hoffentlich durch Impfungen und Testungen diesen Virus besser in den Griff bekommen und auch mal wieder tief durchatmen. 2021 wird ein Jahr mit vielen wichtigen und richtungsweisenden Wahlen, ein echtes Superwahljahr!

Unsere Freund*innen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen haben für einen starken grünen Start gesorgt und so gehen wir bester Laune und zuversichtlich in die kommenden Wahlkämpfe. Allen voran steht natürlich die Bundestagswahl von der wir uns endlich wieder eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene erhoffen. Dazu findet ihr hier gleich zwei sehr motivierende Artikel von Luise Amtsberg und Robert Habeck zu den Plänen für 2021.

Parallel zum Bundestagswahlkampf dürfen wir uns in Schleswig-Holstein auch schon auf unsere nächste Landtagswahl im Mai 2022 vorbereiten. Hier haben

wir uns schon tief in die inhaltliche Arbeit zum Programm gestürzt. Viele von Euch haben sich schon in der ersten Phase des Programmprozesses eingebracht. In LAGen und auch über unsere Mitgliederbefragung #mitDir sind bereits viele gute und wichtige Gedanken zusammengekommen. Wie es damit nun weitergeht, lest ihr im Heft.

In unserem Wahlkampfpartnerland Sachsen-Anhalt wird dieses Jahr am 6. Juni der Landtag neu gewählt und in Neumünster findet die Oberbürgermeisterwahl am 9. Mai statt. Wer Lust hat sich hier oder dort am Wahlkampf zu beteiligen kann sich sehr gern bei uns melden.

Die Hoffnungen in uns als grüne Partei, die Klimakrise und der Krise im gesellschaftlichen Miteinander zu lösen, waren wohl nie größer als in diesem Jahr. Die Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben gezeigt, dass wir es schaffen können, uns stark an Landesregierungen zu beteiligen oder sogar den Regierungsauftrag von den Wähler*innen zu bekommen. Mit diesem Selbstbewusstsein gehen wir auch in die Bundestags- und ganz besonders in die Landtagswahl. Oder um es sportlich zu sagen: Wir treten in diesem Wettbewerb Wahlkampf an, um zu gewinnen.

Wir Grüne hier im Norden sind bereit, uns stark in einen rasanten und fordernden Bundestagswahlkampf einzubringen, um nach dessen Ende mit gutem Rückenwind in den Landtagswahlkampf zu starten.

All das geht am besten #mitdir

Wir freuen uns drauf,
Eure Anna



facebook.com/gruenesh



instagram.com/gruenesh



twitter.com/gruene_sh

#mitDir

Unser Programm für die Landtagswahl '22

Noch sind es gut 13 Monate bis zur Landtagswahl 2022 in Schleswig-Holstein. Doch die Arbeit am GRÜNEN Landtagswahlprogramm läuft bereits auf Hochtouren. Unter dem Motto „#MitDir - Dein Gedanke für's Programm“ waren alle GRÜNEN Mitglieder in Schleswig-Holstein vier Wochen lang aufgefordert, dem Landesvorstand ihre Ideen für das Landtagswahlprogramm 2022 mitzuteilen. Die Mitglieder konnten eigene Themenvorschläge formulieren. Und wir wollten von Euch wissen, was Euer persönliches Umfeld von den GRÜNEN in SH erwartet.

Mit insgesamt 352 eingegangenen Rückmeldungen erreichten uns viele wertvolle Anregungen für die weitere Programmarbeit – vielen Dank für die tolle Resonanz. Eure Impulse zeigen eine bunte Mischung aus sehr grundsätzlichen Erwartungen an uns GRÜNE, über Anregungen zu unserem Politikverständnis bis hin zu konkreten Änderungsvorschlägen in Gesetzestexten. Die Ergebnisse spiegeln außerdem die große inhaltliche Bandbreite unserer Partei wieder.

Einmal mehr zeigt sich, dass unsere Mitglieder ein feines Gespür für die großen Herausforderungen unserer Zeit haben. Kernanliegen sind Euch ökologische Herausforderungen wie die Klimakrise, das Arten- und Waldsterben oder eine klimaneutrale Verkehrspolitik. Aber auch Wünsche nach einem Quantensprung bei der Digitalisierung unseres Bildungssystems, Paradigmenwechseln in der Sozialpolitik und Wohnungspolitik sowie das entschlossene Eintreten für eine offene und vielfältige Gesellschaft wurden häufig genannt.

In den kommenden Wochen starten wir in die zweite Phase unserer Programmarbeit. Zwischen Mai und Juli entwickeln wir in digitalen Workshops (aufgeteilt in sechs Themencluster) konkrete Themenvorschläge für das Landtagswahlprogramm. In der Workshop-Phase freuen wir uns auf die Unterstützung unserer Landesarbeitsgemeinschaften, von grünem Spitzenpersonal und externen Vereinen und Verbänden. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen, sich aktiv in den Workshops einzubringen.

Denn eines ist klar: Je mehr Grüne ihre unterschiedlichen Erfahrungen, Perspektiven und Überzeugungen in unsere Arbeit einfließen lassen, umso besser wird am Ende das Programm.

Genauere Informationen zu den einzelnen Workshops versendet der Landesvorstand in Kürze an alle Mitglieder.

Den Abschluss der zweiten Programmphase bildet ein Themenwochenende, welches aller Voraussicht Anfang August stattfinden wird. Dort werden die Ergebnisse aus den Themenclustern zur Diskussion gestellt. Neben den Inputs aus den Themenclustern freut sich der Landesvorstand auf spannende Beiträge der Landesarbeitsgemeinschaften. Das Highlight des Wochenendes bildet ein buntes Rahmenprogramm, welches alle Teilnehmenden auf die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes einstimmen wird.

Text:
Matthias Kissing





**„Ich will nicht
die Macht,
ich will
machen.“**

Sven Radestock

**GRÜNER Kandidat für die
Oberbürgermeister*in-Wahl in Neumünster**

- seit sieben Jahren im Stadtteilbeirat und Stadtteilverstehender
- gewinnt bei der Kommunalwahl 2018 das Direktmandat in Neumünster-Einfeld
- und ist seitdem auch Fraktionsverstehender in der Ratsversammlung.

Sven, wie geht's Dir mitten in diesem sehr besonderen Wahlkampf?

Mir geht's gut, ich bin sehr motiviert und ich freue mich auf das, was ich noch vor mir habe. In der Anfangszeit des Wahlkampfs konnte ich Vereine und Einrichtungen noch persönlich besuchen: die Niederdeutsche Bühne, den „Brückenpfeiler“, eine Werkstatt der Brücke und Kitas, um nur ein paar herauszugreifen. Das waren viele tolle Begegnungen, die mir richtig Spaß gemacht haben. Da in diesem Wahlkampf die Sozialen Medien eine große Rolle spielen, sind wir inzwischen bei Instagram und Facebook gut aufgestellt. Und viele GRÜNE im Land stärken uns den Rücken, das motiviert mich sehr.

Du hast es gerade angesprochen: Ihr bekommt im Wahlkampf Rückenwind aus vielen Ecken Schleswig-Holsteins. Wie hilft euch das konkret?

Ich bin von Anfang an sehr von meinem Kreisvorstand unterstützt worden und das geht jetzt weiter durch das ganze Land. Finanziell, personell, mit Ideen – das ist eine tolle Welle der Unterstützung, die mir den Rücken stärkt. Man spürt, dass diese Wahl etwas Besonderes ist. Wir Grüne sind in kreisfreien Städten lange nicht mit eigenen Kandidierenden angetreten und hier in Neumünster kann es jetzt tatsächlich etwas werden. Das ist das Ideelle. Dazu bekommen wir viel praktische Unterstützung, zum Beispiel von den Kieler GRÜNEN. Viele Ehrenamtliche haben sich zudem gemeldet, um beim Haustürwahlkampf dabei zu sein, wenn es möglich ist. Damit habe ich wenig Erfahrung und es ist toll, dass wir da unterstützt werden. Auch Geld hilft uns natürlich, etwa für die Plakatierung. Und Dieter Priegann hat uns zu Beginn professionelle Starthilfe gegeben, von der wir jetzt sehr profitieren.

Bring mal bitte in drei Worten auf den Punkt, warum Du der Richtige bist für Neumünster.

Zuallererst: Ich bin hier richtig verwurzelt. Unser Slogan ist ja „Neumünster. Klare Herzenssache“. Mir liegt die Stadt und mir liegen die Menschen am Herzen. Ich mache das nicht, weil ich in meinem Alter nochmal einen Karriereschritt brauche, sondern weil ich wirklich viel Gutes für die Stadt bewegen möchte. Zum Zweiten, ich packe an, ich suche nach Lösungen, ich bin entscheidungsfreudig. Kurz, ich bin ein „Kümmerer“. Das Wort ist abgegriffen, aber für mich ist es wichtig: Ich sehe ein Problem und ich suche eine gute Lösung dafür, ohne ideologische Scheuklappen. Und, drittens, ich bin bürger:innennah, ich bin gern nah an den Menschen. Du merkst schon: Mit drei Worten komme ich nicht aus! (Sven lacht). Die Leute haben keine Hemmungen, mich bei Sorgen und Problemen vor Ort anzusprechen. Das finde ich toll. Das zeigt mir, dass die Menschen mir vertrauen und mir zutrauen, dass ich ihnen helfen kann.

Wo willst Du in Neumünster zuerst anpacken? An welche Probleme willst Du rangehen?

Wir müssen den Klimaschutz voranbringen. Wir wollen bis 2035 klimaneutral werden und dafür müssen wir noch richtig viel tun. Auch bei den Erneuerbaren Energien hinkt die Stadt furchterlich hinterher. Damit eng verbunden ist das Thema Verkehr. Neumünster nennt sich seit vielen Jahren Fahrradstadt, aber die Fahrradfahrer*innen merken nichts davon. In der Verwaltung werde ich mich für Kund*innenfreundlichkeit und Transparenz einsetzen. Auch die Themen Arbeitslosigkeit, Bildung, Kita-Versorgung und die Bekämpfung von Armut stehen natürlich weit oben auf meiner Agenda. Und ein weiteres Thema liegt mir am Herzen: Neumünster muss lebenswerter werden. Desinteresse und Lieblosigkeit findet man zurzeit an vielen Ecken, zum Beispiel kaputte Parkbänke und verdreckte Wege, Brunnen, in denen kein Wasser mehr sprudelt. Ich will wieder mehr Lebensqualität und mehr Gemeinsinn für ein lebendiges, lebenswertes Neumünster.

Was kannst Du aus Deinem persönlichen Prozess anderen GRÜNEN mitgeben, die für sich überlegen, als Bürgermeister*in zu kandidieren?

Man sollte sich das im Vorfeld gründlich überlegen, damit nicht später die Zweifel kommen. Die Zweifel habe ich gehabt, bevor ich meinen Hut in den Ring geworfen habe. Der Wahlkampf frisst mehr Zeit, als man denkt. Es ist deshalb wichtig, dass man ein gutes Team um sich hat, das einem viele Aufgaben abnimmt, sodass man sich wirklich auf das Inhaltliche konzentriert. Was will ich, wofür trete ich an, was ist meine Botschaft? Das muss man sich vorher bewusst machen.

Gerade in den Sozialen Medien wird man hart angegangen und mit Vorurteilen konfrontiert. Und in diesem digitalen Wahlkampf bleibt vieles im Internet weiter verfügbar, deshalb braucht es ein gutes Selbstvertrauen und einen klaren Fokus.

Du arbeitest als Frühredakteur beim Radio, bist jeden Werktag um zwei Uhr auf den Beinen, bist Fraktionsvorsitzender im Rat und stemmst dazu den Wahlkampf. Was ist Dein „Energie-Geheimnis“?

Das starke Gefühl und Vertrauen, dass es genau das Richtige ist, was ich hier mache. Es hat viel Sinn und ich nehme ganz bewusst die Signale wahr, die mich darin stärken. Dazu kommt meine Gelassenheit, dass die Dinge so laufen, wie sie laufen sollen.

Gespräch:
Nicole Walter



Die Enttäuschung im Januar war groß. 1,3 Millionen Menschen hatten mit ihrer Unterschrift die erste europäische Bürger*inneninitiative zu einem Erfolg gemacht. Die Initiative und eine anschließende Resolution des Europäischen Parlaments hatten eine klare Forderung an die EU-Kommission gesendet: Konkrete Schritte zu mehr Schutz für unsere Minderheiten und dem EU-Parlament einen ausgearbeiteten Gesetzesentwurf vorlegen.

Mehr als 50 Millionen Menschen in ganz Europa würden davon profitieren. Auch unsere schleswig-holsteinischen Minderheiten (Die Dänen, Friesen und Sinti und Roma) sowie der schleswig-holsteinische Landtag haben diese Initiative stark unterstützt.

Die Ablehnung der EU-Kommission, die sich als nicht zuständig erklärte, war dann sehr enttäuschend. Die Haltung der EU Kommission ist ein Schlag ins Gesicht für unsere Minderheiten und untergräbt den unterstützenden Beschluss des Europäischen Parlaments für die Minority Safepack Initiative. Wir bringen die Forderungen der MSPI in laufende Gesetzgebungsverfahren!

Dieser Rückschlag bedeutet für uns Grüne jedoch keinesfalls, dass die Initiative und die Anliegen der MSPI am

Ende sind. Wir kämpfen weiter für die Rechte von Minderheiten und die Umsetzung der einzelnen Forderungen der MSPI. Auch wenn die EU-Kommission die Gesetzesvorschläge einbringt, hat das Parlament erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Gesetze. Sowohl beim Geoblocking wie aber auch bei der Förderung von Regional- und Minderheitensprachen werde wir die Forderungen der Initiative einbringen. Als zuständiger Grüner Abgeordneter für die Minority Safepack Initiative habe ich die Parlamentsposition im Dezember verhandelt und werde nicht locker lassen.

***Bürger*inneninitiativen
müssen ernst genommen
und wertgeschätzt
werden!***

Die EU-Kommission nimmt die MSPI und andere europäische Bürger*inneninitiativen nicht ernst genug. So wird das wichtige basisdemokratische Element der EU entwertet. Wir Grüne machen im Parlament deutlich, dass wir das so nicht akzeptieren. Im Petitionsausschuss treiben wir eine Resolution voran, die genau das deutlich macht und einfordert, dass erfolgreiche Bürger*inneninitiativen aufgegriffen, in Gesetzgebung überführt werden und die Menschen in Europa so aktiv mitwirken können.

Minority Safepack: Wir kämpfen weiter für Europas Minderheiten



Digitale Monopole schaden Demokratie und Wirtschaft

„From our earliest day, Mark used the word domination to describe our ambition“

So beschreibt Facebook-Gründer Chris Hughes die Ambitionen seines Geschäftspartners, dem heutigen Facebook-Chef Mark Zuckerberg. Mitten in der größten Wirtschaftskrise unserer Zeit wundert sich niemand mehr darüber, dass die großen Digitalkonzerne unsere Gesellschaften dominieren wollen. Zur Wahrheit gehört sogar, Sie tun es bereits.

Wettbewerbsvorteile werden ausgenutzt

Wir haben es zugelassen, dass einige wenige Digitalkonzerne aus dem Silicon Valley unsere tägliche Kommunikation dominieren und kontrollieren. Aber nicht nur das. Durch die Daten, die wir als Verbraucher*innen an die großen digitalen Plattformen geben, nutzen etwa Amazon und Google ihren Wettbewerbsvorteil aus, um Konkurrenten im Onlinehandel auszusteichen. Insbesondere durch intransparente Algorithmen ist es für Kartellbehörden und für unsere Zivilgesellschaft unmöglich geworden, die Geschäftspraxis dieser digitalen Gatekeeper zu überwachen. Fairer Wettbewerb und demokratische Kontrolle werden auf diese Weise unmöglich gemacht.

Kleine Unternehmen und Start-ups haben keine Chance sich mit ihren innovativen Angeboten durchzusetzen. Auch wenn viele Menschen die Angebote von Big Tech lieben und die mitunter scheinbar günstigen Angebote schätzen, führen diese Oligopole zu weniger Auswahl. Das führt zu einer größeren Abhängigkeit und zu höheren Preisen.

Ökonomische Machtkonzentration und kaputte Märkte schaden uns Europäer*innen und sind Demokratie-zersetzend. Deshalb: Wir brauchen eine gemeinsame europäische Antwort. Wir brauchen europäische digitale Souveränität und ein Regelwerk für digitale Gatekeeper.

Die EU-Kommission schlägt nun mit dem Digital Markets Act und dem Digital Services Act ein umfangreiches Paket zum Umgang mit Big Tech vor.

Wer monatlich mehr als 45 Millionen aktive Nutzer*innen oder einen Jahresumsatz von mindestens 6,5 Milliarden Euro hat, soll als ein solcher digitaler Gatekeeper definiert werden. Außerdem, wer einen erheblichen Einfluss auf den Binnenmarkt hat, sowie eine wichtige Vermittlerrolle zwischen geschäftlichen und privaten Nutzer*innen einnimmt oder diese in Zukunft einnehmen wird.

Monopole einschränken und Gatekeeper aufspalten

Wir begrüßen die neuen Transparenzverpflichtungen im Vorschlag der EU-Kommission. Marktmissbrauch und Geschäftsmodelle werden überprüfbarer. Aber auch das Geschäftsmodell von Big Tech muss sich verändern. Datenmonopole müssen eingeschränkt werden und personalisierte Werbung gehört ganz abgeschafft. Wir begrüßen, dass die sogenannte Interoperabilität für Leistungen wie Appstores oder Bezahlssysteme für Plattformen festgeschrieben werden soll. Das heißt, dass unterschiedliche Angebote miteinander synchronisiert werden und gleichberechtigt genutzt werden können.

Aber wir fordern darüber hinaus, dass auch bei Messenger-Diensten Interoperabilität zum verpflichtenden Standard wird. Wer also Whatsapp nutzt, soll unter hohen Datenschutzstandards auch Bekannten auf anderen Plattformen schreiben können. So wie es seit Jahrzehnten bei E-Mails oder Telefonanbietern Standard ist. Das stärkt die Verbraucher*innen und ermöglicht Start-ups, mit neuen Angeboten auf die Märkte zu kommen.

Um die Digitalisierung zu demokratisieren, müssen wir auch die EU mit Kompetenzen und Ressourcen ausstatten. Eine europäische Digitalbehörde könnte die Koordinierung der unterschiedlichen nationalen Ansätze, sowie die Überwachung und Durchsetzung europäischer Regeln übertragen bekommen. Dazu gehört schließlich auch, zu große digitale Gatekeeper aufzuspalten. Wer zu groß wird, zerstört unsere Märkte und gefährdet am Ende unsere Demokratie.

Es ist an der Zeit, sich dies nicht mehr gefallen zu lassen.

Texte:

Rasmus Andresen | Mitglied des EU-Parlaments

≈ CLEANUP SH

In unserer **Aktionswoche zum Meeresschutz** haben wir richtig angepackt! Am Sonntag, 21. März, dem Vorabend des Internationalen Tages zum Schutz der Meere, sind wir mit einer Online-Debatte über Müllvermeidung mit Marlies Fritzen (Sprecherin für Umwelt- und Naturschutz der Landtagsfraktion) und mit Arne Stenger (Sprecher für Energie-, Entsorgungs- und Umweltpolitik der Kieler Ratsfraktion) gestartet.

Danach haben GRÜNE in ganz Schleswig-Holstein unter dem Motto „Mach' Deinen Spaziergang zum CleanUP“ weggeworfene Zigarettenkippen und natürlich auch anderen herumliegenden Müll eingesammelt. Allein in Kiel waren dafür in allen Stadtteilen entsprechende Abfallbehälter aufgestellt. Die GRÜNEN in Flensburg haben eine Schaufenster-Ausstellung der Naturfreunde Schleswig-Holstein gezeigt. Auf Instagram könnt ihr unter dem Hashtag **#CleanUpSH** viele klasse Fotos dazu entdecken!

Am Abschluss-Tag, Sonntag 28. März, haben Lasse Petersdotter (stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion) und Renate Treutél (Bürgermeisterin in Kiel) mitgesammelt und auf das giftige Problem der Kippen aufmerksam gemacht.

Und weil Umweltschutz und Spaß Hand in Hand gehen, gab's zur Belohnung ein (Online) Live-Konzert mit Simon Glöde.



Viele Kippen und Müll hat der Ortsverein Wedel an der Elbe eingesammelt - und viele Liter Wasser vor der Verschmutzung geschützt.
Fotos: Ann-Kathrin Tranziska (links) und Jeremy Bishop (Hintergrund)



Meerwasser schützen Mehr Wasser retten

Ausgerufen durch die UN findet seit 1993 am 22. März der Weltwassertag statt. Diesen Tag nehmen wir zum Anlass, Bewusstsein für die schädliche Wirkung von achtlos weggeworfenen Zigaretten zu schaffen. Früher oder später finden die Zigarettenstummel über Oberflächenwasser (Pfützen, Meere, Seen, Flüsse) den Weg ins Grundwasser.

Dies ist ein massives Problem. Allein in Deutschland werden jährlich etwa 106 Mrd. Zigaretten geraucht. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) landen zwei Drittel aller gerauchten Zigaretten auf dem Boden. Weltweit werden 4,5 Billionen Kippen insgesamt jährlich achtlos weggeworfen und gelangen so in Gewässer. Die Filter von Zigaretten bestehen in der Regel aus Celluloseacetat, einem schwer abbaubaren Kunststoff. Im Süßwasser dauert es 15 Jahre bis Zigarettenstummel vollständig zerfallen, im Salzwasser geht man sogar von 400 Jahren aus. Die Tabakreste enthalten diverse Giftstoffe

und verseuchen die Gewässer. Durch einen einzigen Zigarettenfilter werden in einem Liter Wasser die Hälfte der darin enthaltenen Fische getötet. Insgesamt sind in einer Zigarette mehr als 4.000 schädliche Stoffe zu finden.

Von den 700 Millionen Euro, die Städte und Gemeinden in Deutschland – jährlich – für die Reinigung von Straßen und Parks sowie die Entsorgung von öffentlichen Abfallbehältern zahlen, entfallen 225 Millionen Euro alleine auf die Entsorgung von Zigarettenkippen.

Wir haben in der Woche des Weltwassertages in ganz Schleswig-Holstein Kippen gesammelt und so einen kleinen Teil zum Gewässerschutz beigetragen. Der diesjährige Weltwassertag fand unter dem Motto „Wasser wertschätzen“ („Valuing Water“) statt. Zeige auch Du deine Wertschätzung für das Wasser und wirf deine Kippe nicht achtlos auf den Boden.

Text:
Christan Saftig

Viele gute Infos und Quellen zum Thema findet ihr hier:



Danke an den KV Kiel für die tolle Organisation
& an alle GRÜNE, die mitgemacht haben!

fördewind

Die Grüne Landtagsfraktion



Eka von Kalben
Fraktionsvorsitzende

Liebe Freund*innen,

es wird Frühling und die Erwartungen auf ein Leben in Normalität steigen. Liegend gerne würden wir alles wieder öffnen, alles ermöglichen – aber dafür ist es noch zu früh. Und obwohl wir nun schon anhand unseres dynamischen Stufenplans und unter Berücksichtigung der Empfehlungen des RKI und weiterer

Expert*innen einige Lockerungen beschlossen haben, kommt dies keiner Entwarnung gleich. Ich merke immer mehr, wie wichtig es gerade jetzt ist, Politik zu erklären und Angebote zum Austausch und zum Zuhören zu machen – auch wenn dies gerade nur digital möglich ist.

Wir plädieren weiterhin für einen vorsichtigen Kurs und weiteres Durchhalten – bis zur Herdenimmunität. Mehr dazu könnt ihr in Marret Bohns Beitrag auf Seite 11 lesen.

Das Thema Wohnen ist und bleibt aktuell – wir beschäftigen uns intensiv mit dieser komplexen Thematik, welche weit über den Aspekt hinausgeht, dass man vier Wände zum Leben braucht. Für uns stehen vor allem soziale, ökologische und nachhaltige Fragen im Vordergrund. Zuletzt haben wir uns ausführlich mit dem Thema Miteinander in Innenstädten auseinandergesetzt. Unser digitaler Innentagsgipfel,

der primär von Joschka Knuth und seinem Team organisiert wurde, hat sich sehr gelohnt und uns viele Ideen mitgegeben, welche wir in unsere Arbeit einbeziehen werden. Einen Einblick in die Zukunft des Wohnens gibt euch Andreas Tietze auf Seite 12.

In etwas mehr als einem Jahr ist Landtagswahl. Wir arbeiten konsequent unseren Koalitionsvertrag ab und erleben dabei Auf und Abs. Wie Burkhard Peters auf Seite 14 berichtet, ist das Polizeigesetz – bei dem wir wesentliche Punkte umsetzen konnten, aber auch einige Kröten schlucken mussten – dafür ein sehr gutes Beispiel.

Es wird Frühling und während es in der Natur um uns herum grünt, arbeiten wir weiter an der Begrünung des Landes und der Gestaltung der Zukunft. Dazu gehört auch, deutlich zu machen, dass das Leben trotz Pandemie und in der Pandemie weitergeht.

Herzlichst
Eure

Eka von Kalben

Impressum

grüne welle: Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein, Alter Markt 9 (Zugang Haßstr. 3-5), 24103 Kiel, Telefon 0431 59338-0, E-Mail: info@sh-gruene.de, www.sh-gruene-partei.de | Redaktion und Gestaltung: Nicole Walter.

fördewind: Grüne Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Telefon 0431 988-1500, E-Mail: fraktion@gruene.ltsh.de, www.sh-gruene-fraktion.de, facebook.com/gruenesh | Redaktion: Ole Liepolt (Vi.S.d.P.) | Gestaltung: Bettina Aust.

berlin-report: Luise Amtsberg, Dr. Konstantin von Notz, Ingrid Nestle, Platz der Republik 1, 10111 Berlin | Redaktion und Gestaltung: Katharina Bartsch.

April 2021



Schritt für Schritt geht es weiter durch die Pandemie. Die gute Nachricht ist, dass wir in Schleswig-Holstein bisher etwas besser durch die Pandemie kommen als andere Bundesländer.

CORONA, CORONA, CORONA



In den Schlagzeilen: Corona, die dritte Welle. Thema der TV Sondersendungen: Corona, Testen und Öffnen. Breaking News: Corona, Impfungen vorübergehend ausgesetzt.

Instagram, Twitter und Co: Corona.

Corona beherrscht **unseren Alltag** jetzt schon ein Jahr. Kaum, dass wir ein paar Fortschritte bei der Bekämpfung der Pandemie gemacht haben, gibt es Nachrichten über neue Mutanten, die uns wieder zurückwerfen. Unsere Gesellschaft steht vor einer Zerreisprobe. Ängste, Frustration und Unsicherheit greifen um sich. Die MPK – die Konferenz der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsident*innen trifft sich alle paar Wochen und trifft gravierende Entscheidungen. Die Impfungen kommen nicht so voran, wie wir uns das erhofft haben. Das Testen, für das wir Grüne uns sehr eingesetzt haben, wird jetzt endlich vermehrt genutzt.

Für uns alle und unsere Familien ist die Situation hart. Die Pandemie zehrt an unseren Kräften und an unseren Nerven. Das Virus ist schnell und wir müssen alles dafür geben schneller zu werden.

Wir alle haben das gleiche Ziel: weniger Infektionen, weniger schwere Verläufe, keine Über-

lastung des Gesundheitssystems und vor allem weniger Tote. Gleichmaßen gilt: so wenig soziale und wirtschaftliche Schäden wie nur möglich.

Über den Weg zu diesem Ziel wird auf allen Ebenen hart gestritten. Viele wünschen sich endlich mehr Freiheiten, viele andere sprechen sich für härtere Maßnahmen aus.

Wir setzen uns sehr dafür ein, dass die Einschränkungen unserer Freiheitsrechte besser erklärt werden. Gleichzeitig fordern wir eine bessere Differenzierung bei den Maßnahmen. Es gibt nun mal unterschiedliche Risiken innen in Räumen und draußen an der frischen Luft.

Gleichzeitig arbeiten wir an unseren parlamentarischen Initiativen z.B. der Einführung des Sterbenotrufes. Hierbei geht es darum Sterbenden, ihren Angehörigen und dem Personal, das sie betreut, zu unterstützen. Wir sind damit bundesweit das erste Bundesland, das sich auf diesen Weg macht.

Schritt für Schritt geht es weiter durch die Pandemie. Die gute Nachricht ist, dass wir in Schleswig-Holstein bisher etwas besser durch die Pandemie kommen als in anderen Bundesländern. Wir tun alles dafür, Schleswig-Holstein auch weiterhin durch diese Krise zu steuern.

Lebst du schon oder wohnst du noch?

GRÜNE VISIONEN ZUM WOHNEN IN DER ZUKUNFT



Andreas Tietze
Wohnungspolitischer Sprecher

Bis ins 20. Jahrhundert war es das Ziel, ein möglichst abgesichertes, durch Beständigkeit geprägtes Leben zu führen: aus dem einmal erlernten Beruf ging man in die Rente und wer ein Haus baute, baute es gleichzeitig für die Nachkommen mit, für die „Ewigkeit“.

Dieser Anspruch löst sich auf. Es ist heute selbstverständlich, dass sich unterschiedliche Phasen im Beruflichen wie Allgemeinen auch in der Wohnform deutlich niederschlagen. Im Alter überfordern das große Haus und der große Garten meistens und man denkt „weniger wäre mehr“.

In unseren Städten und Gemeinden hat sich bei den Plänen wenig geändert, denn die kommunale Ausarbeitung eines Bebauungsplanes legt nach wie vor die „Familie Mustermann“ zu Grund - bestehend aus Mutter, Vater und 2 Kindern.



© christin iola Adobe Stock

Die Frage, was für ein gelingendes Leben wirklich wichtig ist, wird immer häufiger mit „weniger“ beantwortet.

Dieses Bild entspricht schon lange nicht mehr der Realität: Die Individualisierung nimmt zu, „Flexibilität“ ist das Gebot der Stunde. Lebensmodelle werden bunter und das Bewusstsein für komplett andere Anforderungen in den unterschiedlichen Lebensphasen wächst, unter anderem auch an das Wohnen. Die Bedürfnisse haben sich in den letzten Jahren rasant verändert.

Das Problem des Flächenverbrauches besteht jedoch weiter: Die tägliche Flächeninanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen in Schleswig-Holstein beträgt derzeit rund 3,4 Hektar pro Tag (2017) und liegt damit deutlich oberhalb des Zielwerts von unter 1,3 Hektar pro Tag bis 2030, was der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 entspricht. Das ist viel zu viel. Auf diese Einbetonierung unserer Landschaften müssen wir reagieren.



Beide Phänomene müssen in Einklang gebracht und dürfen nicht gegeneinander gedacht werden. Das ist aus Grüner Sicht nicht nur machbar, sondern sogar gut machbar! Auch der Wunsch nach Eigentum ist zu respektieren. Wir müssen die Herausforderungen Klimawandel, Individualität und Freiheit in der Wohnungspolitik managen.

Die Frage, was für ein gelingendes Leben wirklich wichtig ist, wird immer häufiger mit „weniger“ beantwortet. Gerade junge Familien wollen einen suffizienten und nachhaltigen Lebensstil pflegen. Die von uns in das neue Landesplanungsgesetz hineinverhandelte Experimentierklausel lässt Raum. Beispielsweise für eine Überlassung von Grundstücken auf Zeit, um dort zum Beispiel das Wohnen in Tiny Houses auszuprobieren. Oder um eben eine neue oder einfach bisher nicht übliche Wohnform zu erproben.

Die Individualisierung nimmt zu, „Flexibilität“ ist das Gebot der Stunde

Was wir auch brauchen, ist ressourcenschonendes Bauen. Baumaterialien können und müssen recyclingfähig sein und für neue Bauvorhaben weiterverwendet werden. Das geht auf Dauer nicht anders, weil schlicht keine unbegrenzten Rohstoffe zur Verfügung

stehen. Außerdem können wir so das Abfallaufkommen reduzieren.

Wir kommen auch um eine Innenverdichtung nicht herum, weil neue Baugebiete in unseren Städten nicht mehr ausgewiesen werden können. Gleichzeitig veröden die Innenstädte. Dabei geht es nicht nur um die Frage, ob dieser Leerstand schön aussieht, sondern hier liegt eine Infrastruktur künftig brach, die an anderer Stelle so gar nicht gebaut werden kann.

Wohnraumschaffung aus dem Bestand heraus wurde durch eine Änderung der Landesbauordnung erleichtert. Das ist ein guter Baustein, um vorhandene Flächen effizienter zu nutzen. Gerade unser kürzlich veranstalteter Innentadtgipfel hat uns da neue Impulse geben.

Eine Nutzung oder Umnutzung und damit Sanierung von Bestandsbauten wird auch nicht zuletzt durch die kommende Ausweitung des Homeoffice erfolgen müssen. Büroräume werden künftig nur für 70 Prozent der Angestellt*innen benötigt werden. Damit wird Raum frei, der zum Wohnen genutzt werden kann.

Diese Chance müssen wir nutzen

Das Lebensgefühl der älteren Mitbürger*innen ist ebenfalls im Wandel: möglichst lange selbstbestimmt und dann mit der Möglichkeit auf Unterstützung zu leben, ist das konkrete Ziel der heutigen Ruheständler*innen.

Mehrgenerationenhäuser sind ein Modell für die Zukunft. Sie bieten einerseits die Möglichkeit der gegenseitigen Unterstützung sowie ein soziales Miteinander und andererseits ist auch ein Wohnungstausch innerhalb der gewohnten Umgebung möglich.

Grüne Politik will die Transformation und Weiterentwicklung des Wohnens aufgreifen und unterstützen. Wie ihr seht, haben wir frische Ideen und wir haben Lust, den Wandel zu gestalten. Ich bin fest überzeugt, dass die Bürger*innen uns das danken werden.

POLIZEIRECHTSREFORM: EINE SCHWIERIGE KISTE AUS DEM JAMAICA-KOALITIONSVERTRAG



Burkhard Peters
Innen- und Rechtspolitischer
Sprecher

„Das zurzeit geltende Polizeirecht im Landesverwaltungsgesetz werden wir in enger Zusammenarbeit mit anerkannten Polizeirechtsexpert*innen unverzüglich einer Schwachstellenanalyse unterziehen, um Handlungsnotwendigkeiten, insbesondere im Bereich der Terrorismusbekämpfung und in Fällen der organisierten Kriminalität, zu identifizieren.“ So hieß es im Jamaikakoalitionsvertrag vom Juni 2017. Ende Februar 2021 wurde die Polizeirechtsreform in 2. Lesung im Landtag beschlossen - eine schwierige Geburt!

Das begann schon damit, dass das Innenministerium im Dezember 2018 keine ‚Schwachstellenanalyse von anerkannten Polizeirechtsexpert*innen‘ vorlegte, sondern nur eine ‚Wünsch-Dir-Was-Liste‘ aus der Polizeiabteilung mit 17 Änderungswünschen. Darunter hochproblematische Punkte wie Vorratsdatenspeicherung, Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ), Online-Durchsuchung, verdachtsunabhängige Kontrolle in Grenzregionen, elektronische Fußfessel, Taser, finaler Rettungsschuss und Schusswaffeneinsatz gegen Kinder.

Angesichts der massiven Proteste – auch von Grünen – in anderen Bundesländern gegen dortige Polizeirechtsverschärfungen (z.B. Bayern, NRW und Niedersachsen) war uns klar, dass es intensiver und zäher Verhandlungen bedarf, um der anstehenden Reform die problematischsten Zähne zu ziehen. Immerhin stand uns eine weitere Passage aus dem Koalitionsvertrag zur Seite: „Änderungen der Sicherheitsgesetze werden die Koalitionspartner*innen nur im Konsens vollziehen“.

Die jetzt verabschiedete Reform des Polizeirechts im Landesverwaltungsgesetz ist ein Kompromiss, mit dem wir Grünen – an einigen Stellen mit Bauchschmerzen – durchaus leben können. Die Proteste gegen die Änderung hier im Land hielten sich in Grenzen. Bei den Demos vor dem Landtag zählten wir maximal ein Dutzend Leute, die auf Plakaten vor drohender „Polizeigewalt“ und einem „Überwachungsstaat“ warnten.

Dass mit der Gesetzesänderung in Schleswig-Holstein der polizeiliche Überwachungsstaat eingeläutet wird, ist tatsächlich Quatsch: Punkte wie Vorratsdatenspeicherung, Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung konnten wir im Landesrecht komplett verhindern.

Das Ergebnis lässt sich sehen

Bei anderen Knackpunkten konnten wir deutliche Entschärfungen durchsetzen. So wurde bei der Identitätskontrolle im grenzüberschreitenden Verkehr die im ersten Entwurf enthaltene „Anlasslosigkeit“ der Maßnahme gestrichen und eine Formulierung aufgenommen, die ein sog. „racial profiling“ verhindern soll. Body-Cams dürfen in Schleswig-Holstein nicht in Wohnungen eingesetzt werden. Die elektronische Fußfessel darf nur gegen terroristische Gefährder*innen verwendet werden und nicht – wie zunächst vorgesehen – auch gegen Fußballhooligans oder andere Rowdies. Außerdem soll ihr Einsatz nach einigen Jahren evaluiert werden. Gleiches gilt für den Einsatz von Tasern, der in einem dreijährigen Feldver-

such nur von Spezialeinsatzkommandos der Polizei erprobt werden wird. Beim finalen Rettungsschuss ist anzumerken, dass dieser so grausam erscheinende Sonderfall der Ausübung staatlichen Gewaltmonopols praktisch in allen anderen Bundesländern schon lange geregelt ist. In Schleswig-Holstein wurde nach Bremer Vorbild aufgenommen, dass dieser gezielt tödlich wirkende Rettungsschuss nicht durch Vorgesetzte im Einsatzfall angeordnet werden kann.

Für viel Aufregung sorgte die Regelung über den Schusswaffeneinsatz gegenüber Menschen, die dem äußeren Anschein nach noch nicht 14 Jahre alt sind. Dies war nach bisheriger Rechtslage, anders als in anderen Bundesländern auch mit Grüner Regierungsbeteiligung, in Schleswig-Holstein ausdrücklich verboten. Bei genauer juristischer Analyse tat sich aber mit diesem Verbot im Landespolizeirecht ein juristisches Dilemma auf: Unter extremen Ausnahmebedingungen macht sich eine Polizeibeamt*in nach dem StGB wegen unterlassener Hilfeleistung strafbar, wenn sie oder er nicht die Schusswaffe einsetzt, um eine sehr jung erscheinende Person z.B. bei einem Amoklauf in einer Schule zu stoppen und damit das Leben von Mitschüler*innen rettet. Dieser Widerspruch zwischen Strafrecht und Landespolizeirecht war tatsächlich aufzulösen. Wir haben in unserer Regelung im Gegensatz zu anderen Bundesländern aufgenommen, dass der Schusswaffeneinsatz gegenüber Kindern nur zur Lebensrettung gerechtfertigt ist.

Positiv hervorzuheben ist, dass durch unsere Initiative eine ausführliche Regelung zur Regulierung des Einsatzes von sog. Vertrauenspersonen aus dem kriminellen Milieu aufgenommen wurde. Der laufende Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur sog. Rockeraffäre in Schleswig-Holstein machte überdeutlich, dass dieser grundrechtssensible und hochproblematische Ein-

satz von Spitzeln aus diesem Milieu zumindest sehr engen gesetzlichen Leitplanken bedarf, die es in unserem Landespolizeirecht bislang nicht gab.

Alles in allem: Das Ergebnis lässt sich sehen.



Wir haben in unserer Regelung im Gegensatz zu anderen Bundesländern aufgenommen, dass der Schusswaffeneinsatz gegenüber Kindern nur zur Lebensrettung gerechtfertigt ist.

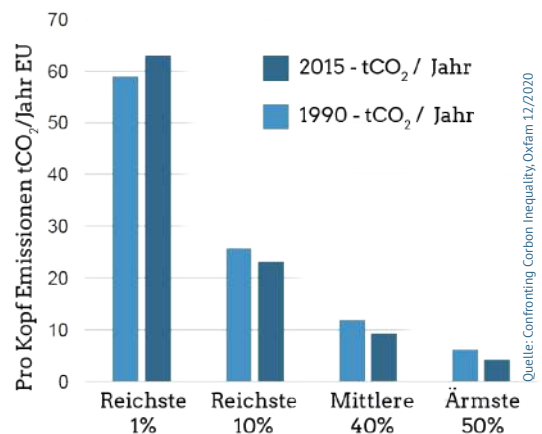
berlinreport

Ingrid Nestle

NEUE GERECHTIGKEIT SCHAFFEN KLIMASCHONENDES WOHNEN FÜR ALLE ERMÖGLICHEN

So unterschiedlich die Pandemie und die Klimakrise erscheinen, so verbindet sie – wie alle Krisen – eine Gemeinsamkeit: Einkommensschwächere Haushalte leiden deutlich stärker unter den Auswirkungen. Wer über das notwendige Kleingeld verfügt, findet immer einen komfortablen Weg durch die Krise. Wer ein hohes Einkommen und einen sicheren Job hat, verbringt den Lockdown nicht mit vier oder fünf Personen eingeeengt auf zu wenig Raum. Auch höhere Kosten für Benzin oder eine fossile Heizung scheinen vor allem diejenigen zu treffen, die bereits jetzt mehr als 30% ihres Einkommens für die Miete aufbringen müssen. Dabei kommt es ganz darauf an, wie der höhere CO₂-Preis ausgestaltet wird. Gehen die Einnahmen an alle Bürger gleichermaßen zurück, profitieren vor allem die Menschen mit wenig Geld in der Tasche.

Ein Beispiel: die 1% Reichsten in der EU verursachen pro Kopf zehn Mal mehr CO₂-Emissionen als die Hälfte der Bevölkerung mit weniger Geld in der Tasche. Ist das wirklich gerecht, dass die Krankenschwester, der Erzieher und die Handwerkerin mit kleinem Einkommen, die schon heute sehr viel weniger zur Klimakrise beitragen als die Besserverdiener, deren Lebensstil quasi mit bezahlen? Denn die Kosten trägt die Allgemeinheit, der Luxus viel zu emittieren liegt vorwiegend bei den Reichen. Wir treten dafür ein, diese Ungerechtigkeit zu beenden. Mit unserem Konzept wird Klimaschutz endlich bezahlbar – und gerade die Teile der Bevölkerung mit wenig



Geld in der Tasche profitieren unterm Strich erheblich.

Natürlich wird es immer Einzelfälle geben, die durch ihre besondere Situation auch besonders hohen Kosten ausgesetzt sind, zum Beispiel weil das Haus besonders schlecht gedämmt ist und eine weite tägliche Strecke mit dem

Auto nicht zu vermeiden ist. Hier kann eine ganz gezielte Unterstützung für Menschen mit wenig Geld zur Umstellung auf klimafreundliche und damit kostengünstige Technik zusätzlich helfen. Uns ist es wichtig, klimapolitische und soziale Herausforderungen zusammen anzugehen. Und selbstverständlich gehört dazu auch globale Gerechtigkeit.

Wir Grüne wollen Klimaschutz und den Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit - zum Beispiel in der Wohnungspolitik. Hier zeigt sich beim Thema Eigenheim gerade, wie heuchlerisch die Debatte sein kann. Die meisten hämischen Kommentatoren scheinen das entscheidende Interview entweder nicht gelesen zu haben - oder es bewusst zu ignorieren. Dort wurde die Entscheidungsfreiheit von Kommunen verteidigt, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen -

angepasst an die lokale Umgebung. Nirgendwo standen giftige Sätze, dass es kein neues Einfamilienhaus mehr geben dürfe - völlig absurd sind Vorwürfe, das Wohnen im ländlichen Raum würde damit unmöglich oder gar die Menschen aus ihrem Heim vertrieben. Diese Verzerrung einer wichtigen Debatte schadet unserer Demokratie und wirft ein schräges Licht auf so manchen Akteur. Denn wir müssen in der Lage sein, wichtige Fragen sachlich zu erörtern. Und bezahlbarer Wohnraum für alle ist eine wichtige Frage. Zumindest aus grüner Sicht gehört da mehr dazu als maximale Profite für Immobilienhaie. Wir wollen kommunale Entscheidungshoheit, Verbot von Share Deals und Vermeidung von teurem Leerstand.

**ÜBER 29%
DES EINKOM-
MENS WURDEN
2018 IN SH FÜR
MIETE
AUSGEGEBEN**

**310.000
PREISWERTE
WOHNUNGEN
FEHLTEN 2018
IN SH**



SHARE DEALS

Was ist das eigentlich?

Eigentlich wird bei dem Kauf eines Grundstücks die Grunderwerbssteuer fällig. Doch diese wird immer wieder umgangen. Durch sogenannte Share Deals wird nicht das Grundstück selbst verkauft, sondern Anteile an der Gesellschaft, die das Grundstück besitzt. Die Grunderwerbssteuer wird so umgangen.

Der entstehende Schaden beläuft sich auf gut eine Milliarde € jährlich.

Wir GRÜNE wollen diesem Vorgehen einen Riegel vorschieben. Bei Anteilserwerb soll die Grundsteuer anteilig zu den erworbenen Unternehmensanteilen erhoben werden.

Mehr dazu unter: <https://gruenlink.de/1y2p>



MENSCHENRECHTE INS ZENTRUM DES POLITISCHEN HANDELNS

Das Coronavirus hat weltweit verheerende gesundheitliche, soziale und ökonomische Schäden verursacht. Auch in der Flüchtlingspolitik offenbart der Umgang mit dem Virus die widersprüchliche und unsolidarische Politik der Bundesregierung. Ein besonders absurdes Beispiel sind Abschiebungen. Trotz der pandemischen Reise- und Bewegungseinschränkungen halten das Auswärtige Amt und das Innenministerium Abschiebungen in Länder wie Äthiopien, den Sudan, nach Pakistan und Afghanistan für vertretbar. Während wir alle aus guten Gründen zuhause bleiben, werden Menschen, die immer wieder auch Risikogruppen angehören, in Corona-Risikogebiete abgeschoben. Das ist weder aus epidemiologischer noch aus menschenrechtlicher Perspektive zu rechtfertigen.

Die Einhaltung von Menschenrechten wird zudem an unseren europäischen Außengrenzen massiv untergraben. Mittlerweile sind die Vorwürfe schwerer Menschenrechtsverletzungen unter Beteiligung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex erschreckend deutlich dokumentiert. Es besteht kein Zweifel mehr daran, dass an unseren Außengrenzen Menschen aktiv davon abgehalten werden, in Europa um Schutz zu bitten. Diese so genannten Pushbacks sind illegal und zeigen, dass Frontex ein gefährliches Eigenleben entwickelt hat: Menschenrechtliche Beobachtungen der Einsätze vor Ort werden von der Frontex-Führung verhindert. Untersuchungen von Pushback-Vorwürfen verlaufen folgenlos im Sand. Gleichzeitig blockiert die Behörde den Zugang der Parlamente zu wichtigen Dokumenten. Damit muss Schluss sein.

Bundesinnenminister Seehofer trägt die Verantwortung für die im Dienste von Frontex stehenden deutschen Polizist*innen. Es darf nicht sein, dass diese sich direkt oder indirekt an Menschenrechtsverletzungen beteiligen. Hier zeigt sich erneut, wie wichtig für unsere Polizist*innen eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle ist. Leider wurde diese von Union und SPD immer wieder abgelehnt.

**BOSNIEN:
LÜBECK WILL
VERANTWORTUNG
ÜBERNEHMEN**



Auch an der bosnisch-kroatischen Grenze ist die Lage katastrophal und das nicht erst seit dem Brand des Flüchtlingslagers Lipa Ende Dezember. Auch hier verschlimmern der europäische Außengrenzschutz und illegale Pushbacks die Situation vor Ort. Besonders schutzbedürftige Menschen müssen schnellstmöglich über ein Resettlement-Programm in die EU verteilt werden. Zudem ist die kommunale Aufnahmebereitschaft, wie in Lübeck, weiterhin so hoch, dass Seehofer sie nicht länger blockieren darf.

Wir haben dieses Jahr die Gelegenheit, die deutsche Außen- und Innenpolitik wieder auf ein menschenrechtliches Fundament zu stellen.

Lasst uns dafür gemeinsam kämpfen!

**ABSCHIEBUNGEN
IN PANDEMIE-
ZEITEN SIND
INAKZEPTABEL**

Konstantin von Notz

„GOLD-STANDARD“ FÜR ARBEIT UND KONTROLLE DER NACHRICHTENDIENSTE



Seit Edward Snowdens Enthüllungen und der Aufklärung im „NSA“-Untersuchungsausschusses wissen wir: Die Überwachungspraxis deutscher Geheimdienste hat die Grund- und Bürgerrechte von Millionen Menschen im In- und Ausland über viele Jahre schwerwiegend verletzt. Doch statt die verfassungswidrige Praxis abzustellen, gossen CDU/CSU und SPD sie in Gesetzesform.

Die Überwachungspraxis deutscher Geheimdienste hat die Grund- und Bürgerrechte von Millionen Menschen schwerwiegend verletzt. Es ist höchste Zeit verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen.

Im Mai 2020 bescheinigte auch das Bundesverfassungsgericht die Rechtswidrigkeit der neu geschaffenen gesetzlichen Grundlagen. In der klaren Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts lag die große Chance einer Verrechtstaatlichung nachrichtendienstlichen Handelns. Doch die Bundesregierung verpasst auch mit ihrem neuen Gesetzesentwurf diese Chance.

Die Befugnisse der Nachrichtendienste werden seit Jahren ausgeweitet. Kontrollmechanismen erfahren keine äquivalente Stärkung. Dabei ist es höchste Zeit, verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen. Eine wirksame, unabhängige und im Parlament ver-

ankerte Kontrolle auf Augenhöhe schafft diese Legitimität. Ein von der Bundesregierung nun vorgeschlagener, weitgehend vom Parlament abgekoppelter Kontrollrat leistet dies nicht.

Wir zeigen auf, wie eine gestärkte Kontrolle aussehen könnte: Sie muss insgesamt finanziell und personell gestärkt, transparenter ausgestaltet und die Vernetzung aller Ebenen vorangetrieben werden, auch um der Gefahr einer Zersplitterung der Kontrolle entgegenzuwirken.

Neben einem starken Parlamentarischen Kontrollgremium muss auch der Bundesbeauftragte für den Datenschutz in seinen Rechten gestärkt werden. Zudem braucht es mehr technischen Sachverstand und einen verbesserten Kontrollzugang zu den im Einsatz befindlichen Systemen. Auch das Führen von V-Leuten muss stärker kontrolliert werden.

Effektive Kontrolle, Transparenz und Nachvollziehbarkeit für die Nachrichtendienste und die Exekutive schafft die Legitimität, die wir dringend brauchen. All dies haben wir in unserem Antrag konkretisiert: Zum Schutz der Bürgerrechte, zur Stärkung der Legitimität und Leistungsfähigkeit der Nachrichtendienste und zur Schaffung eines rechtsstaatlichen „Gold-Standards“. Infos auf: www.von-notz.de.

FISCHTREPPE

Die Zeit für die Elbwanderfische tickt, denn die Passierbarkeit des Geesthachter Wehrs ist nach wie vor stark eingeschränkt.

Nachdem 2019 Sofortmaßnahmen aufgrund von Schäden am Wehr zu starken Einschränkungen der Durchgängigkeit der Fischtreppe geführt hatten, kämpfen wir gemeinsam mit den Umweltverbänden für eine Lösung. Verantwortlich für die Funktionstüchtigkeit der Anlage war bisher Vattenfall, da die

Fischtreppe als Ausgleichmaßnahme für das Kohlekraftwerk Moorburg betrieben wurde. Nach der Abschaltung des Kraftwerks waren die Verantwortlichkeiten lange ungeklärt. Nun ist klar: Das Bundesverkehrsministerium ist in der Pflicht. Für den 18.03.21 haben wir Umweltverbände und Bundesverkehrsministerium zu einer Podiumsveranstaltung eingeladen, um gemeinsam eine gute Lösung zu finden. Wir bleiben am Ball!



Grüne Highlights im Superwahljahr

Sa., So. 1./2. Mai 2021

| Landesparteitag Schleswig-Holstein

So., 6. Juni 2021

| Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Fr.-So., 11.-13. Juni 2021

| Programm-BDK

Anfang August

| Themenwochenende Schleswig-Holstein

alle weiteren Termine auf unserer Website sh-gruene.de



facebook.com/gruenesh



instagram.com/gruenesh



twitter.com/gruene_sh